

# Schiersteiner Zeitung

## Amts-Blatt.



Anzeigen  
fassen die einspaltige Kolonialzelle  
oder deren Raum 20 Pfg.  
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis  
monatlich 90 Pfg. mit Bringer-  
lohn 95 Pfg. Durch die Post  
bezogen vierstelliglich 2.55 Pfg.  
auschl. Bestellgeb.

Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend  
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)  
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallenser Zeitung)

Erscheint: Dienstag, Donnerstag, Samstag  
Druck und Verlag  
Probst'sche Buchdruckerei  
Schierstein.  
Verantwortlicher Schriftleiter  
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 86.

Samstag, den 26. Juli 1919.

27. Jahrgang

VT/Ty. COMMISSION INTERALLIÉE DES TERRITOIRES RHENANS. No. 165.

Coblence le 6 juillet 1919.

Instructionen der Interalliierten Kommission der Rheinischen Gebiete betr. die Zensur der Wertbriefe.

In der 2. Sitzung am 1. Juli hat die Interalliierte Kommission der Rheinischen Gebiete entschieden, daß der Verkehr der Banknoten, Scheine, Wechsel und Effecen enthaltenden Briefe zwecks kaufmännischer Bezahlungen zwischen dem besetzten und den alliierten und neutralen Ländern künftig frei ist.

5683/A. Pour copie conforme:

Wiesbaden, le 17 juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne)  
signé: de JUVIGNY.

5683/A.

### Bekanntmachung.

Keine neuen Regelungen betreffend Ein- und Ausfuhr kann von den deutschen Behörden erlaubt werden, ohne zuvor die Genehmigung der Interalliierten Kommission der Rheingebiete eingeholt zu haben (Xe. Armée No. 1008—3/5 den 21. Juli 1919.)

Wiesbaden, den 24. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne)  
signé: de Juvigny.

Xe. Armée ETAT — MAJOR Bureau des Affaires Civiles No. 10848—4/5.

Q. G. A. le 15 juillet 1919.

1) Les postes de contrôle et les courants de circulation établis par Note Xe. Armée No. 5506—1/2 de 1. Juillet 1919 doivent être maintenus.

2) Les marchandises transportées doivent à l'entrée et à la sortie faire l'objet d'une déclaration au Chef du poste de contrôle. Cette déclaration doit être insérée sur registre spécial à ouvrir dans chaque poste de contrôle d'après indications à donner par Administrateurs intéressés.

3) Chefs de poste devront s'assurer exactitude de déclarations et interdire passage marchandises au sujet desquelles restrictions sont maintenues.

Pour copie conforme:

Wiesbaden, le 16. juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny  
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne)  
signé: de JUVIGNY.

5682/A.

### Bekanntmachung.

Das Oberste alliierte Kommando hat versäumt, daß die von der Reichsregierung und den deutschen Staaten seit dem Waffenstillstand gegebenen Gesetze und Decrete für die besetzten Gebiete nicht anwendbar sind, solange keine Gegenseitigkeit getroffen ist.

Die Interalliierte Kommission der Rheinlande hat aber am 7. Juli 1919 die Anwendung des Erlasses der Reichslebensmittelstelle vom 2. März und die Verfügung vom Preuß. Lebensmittelkommisar vom 26. März betr. Abschaltung der bebauten Bodenfläche und Einleberrchnung im besetzten Gebiet erlaubt.

Wiesbaden, den 24. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne)  
signé: de Juvigny.

Xe. Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden (Campagne). 6361/A.

### Bekanntmachung betreffend Versammlungen.

1) Der Bürgermeister ist berechtigt, in seiner Gemeinde die Konzerte, Bälle und Tanzstunden, die theatralischen und kinematografischen Vorführungen in den Grenzen der Polizeivorschriften zu genehmigen.

Der Bürgermeister ist für die Ordnung in diesen Versammlungen verantwortlich und ist es untersagt, die in § 2 angegebenen Punkte zu berühren.

2) Alle Straßenumzüge und die Versammlungen, die einen sportlichen, religiösen, belehrenden, militärischen, kaufmännischen, industriellen, landwirtschaftlichen oder politischen Charakter tragen, bedürfen der vorherigen Genehmigung des Administrators. Die Gefäße sind vom Bürgermeister auf- und direkt an den Administrator zu schicken.

3) Besteht sich in der Ortschaft ein Ortskommandant so hat der Bürgermeister denselben alle von ihm oder von dem Administrator genehmigten Versammlungen zu benachrichtigen. Der Ortskommandant läßt die Versammlungen überwachen und kann dieselben auch verbieten, in letzterem Falle benachrichtigt er den Administrator militaire.

4) Als Versammlung werden nicht betrachtet: Besprechungen unter weniger als 6 Personen, die die Aufnahme eines Protokolls, einer Beschlussschaffung, oder einer Entscheidung nicht nötig machen.

5) Die Bekanntmachung vom 18. Mai 1919 sowie alle im Landkreis Wiesbaden entgegen dieser Instructionen getroffenen Bestimmungen sind ungültig.

Le Commandant de Juvigny,  
Administrateur militaire du Cercle  
de Wiesbaden (Campagne)  
signé: de Juvigny.

### Neue Streiks.

#### Streik der Telegraphenarbeiter.

mz. Berlin, 25. Juli. Nachdem wegen Teilnahme an dem Streik am 21. Juli 287 Arbeiter entlassen worden waren, beschlossen gestern abend die Telegraphenarbeiter, sofort in den Streik einzutreten. Die Arbeitsniederlegung ist heute Vormittag erfolgt. Wie die B. J. meldet, soll, falls die verlangte Wiedereinstellung der 287 Arbeiter nicht zugestanden wird, der Streik über das ganze Reich ausgedehnt werden und binnen drei Tagen in Kraft treten.

#### Streik im Bornauer Revier.

mz. Leipzig, 25. Juli. Auf den Gruben des Bornauer Braunkohlenreviers ist der seit längerer Zeit erwartete Lohnstreik ausgebrochen. Die Betriebe liegen still. Nur sogenannte Notstandsarbeiten werden ausgeführt.

#### Einschränkung des Personenverkehrs.

Wie man mitteilt, haben einzelne Eisenbahndirektionen, u. a. die in Danzig und Bromberg, gemeldet, daß sie nur noch für fünf Tage Kohlen besitzen. Angesichts dieser Sachlage muß jederzeit damit gerechnet werden, daß der Personenverkehr, der mit Rücksicht auf die Reisezeit und den Bäderverkehr soweit gehend als irgend möglich ausgestaltet wurde, eine Einschränkung erfahren muß. Die geringsten Störungen im Werkstättenbetrieb oder in der Kohlenversorgung können jetzt die weittragenden und unangenehmen Folgen auslösen. Die Ursache der sich jetzt geltend machenden ungenügenden Kohlenversorgung liegt wieder an den letzten Streiks, namentlich der Eisenbahner, wodurch keine Kohlenzüge an Ort und Stelle ge-

langen kommen. Die Eisenbahnverwaltung wird gerade jetzt durch Anträge von Behörden, Handelskammern, Städte usw. dauernd gedrängt, infolge des außerordentlich gesteigerten Personenverkehrs eine Erweiterung desselben vorzunehmen, da die Züge infolge der Überfüllung zu schwer werden und Verzögerungen erleiden. Angeichts der geschilderten Sachlage — zurzeit befindet sich auch jede zweite Lokomotive in Reparatur — ist leider das Gegen teil der erwünschten Verbesserung zu erwarten. Weitere Streiks, die Verzögerungen in den Reparaturen verursachen und die Kohlenzufuhr ungünstig beeinflussen, müssen den Personenverkehr zu einer Einschränkung bringen, die der Bevölkerung die schwersten Entbehrungen auferlegen würde.

#### 17 Millionen Tonnen Kohlen.

mz. Der „Localanzeiger“ meldet aus Weimar: In Ergänzung einer Meldung über die Kohlenlieferung an die Entente sei noch mitgeteilt, daß über den Gang der Pariser Verhandlungen bisher nur ein Bericht des Legationsrates v. Lersner vorliegt. Die Entente stellt Forderungen auf jährlich 17 Millionen Tonnen Kohlen, deren Lieferung auf zehn Monate verteilt werden soll, sodass für den Monat deutscherseits 1,7 Millionen Tonnen zu liefern wären. Das Kabinett beschäftigt sich bereits mit dieser Frage.

#### Amerika und Japan.

mz. Versailles, 25. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet, Wilson habe Japan aufgefordert, ein öffentliches Versprechen hinsichtlich der Rückgabe von Schantung zu geben, habe aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten.

#### Die Rheinlandfrage.

Auf Einladung des preußischen Staatsministeriums traten am Mittwoch im Ständehaus in Düsseldorf die berufenen Vertreter des Rheinlands und der anderen westlichen Staaten zu einer Besprechung über das Verhältnis der westlichen Teile des preußischen Staates zum Staatsganzen zusammen. Soweit erforderlich, sollten dabei alle trennenden und bindenden Tatsachen tunlichst unter Zurückstellung der parteipolitischen Gedankenkreise in sachlicher Weise gewürdigt werden. Demgemäß wurden sowohl die Anhänger, als auch die Gegner der Bestrebungen zur Lösung von Preußen geladen. Die Anhänger leisteten leider der Einladung nur in geringe Umfang Folge. Von den preußischen Ressorts waren erschienen: Ministerpräsident Hirsch, Handelsminister Hirsch, Wohlfahrtsminister Stegerwald und mehrere Ministerialdirektoren und Regierungsräte. Auch das Auswärtige Amt war vertreten. Die Frage, ob und inwieweit im jetzigen Zeitpunkt durch die Lösung von Preußen Vorteile in den Friedensbedingungen oder Besitzungsverhältnissen hätten erwartet werden können, schied aus der Erörterung aus, da sie im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr von irgendeiner praktischer Bedeutung sei. Während einerseits die Angehörigen wirtschaftlicher Interessengruppen ausreichend daran hinwiesen, daß die Trennung des Deutschen Reichs unter keinen Umständen angängig sei, bestand auch bei den Anhängern der Lösungsbestrebungen kein Zweifel darüber, daß wirtschaftliche Sondervorteile für einen Bestaat, die nur bei einer Annäherung nach Westen zu erreichen seien, keineswegs angestrebt würden. Die Wünsche des Landes an ausreichenden Spielraum für seine berechtigte Eigenart, insbesondere bezüglich der Heranziehung von mit besonderen Kenntnissen von Land und Leuten ausgestatteten Beamten scheinen durch die neue Verwaltungspraxis in ausreichender Weise erfüllt werden zu können.

Dann nahmen in besonderem Maße Kulturpolitische Fragen das Interesse der Versammlung in Anspruch. Trotz sich hier zeigender Schwierigkeiten wird bei allseitig guten Willen der Beteiligten eine sachgemäße Erledigung auch aller dieser Fragen zu erwarten sein. Im Vordergrund der Beratungen des zweiten Tages stand der Gesuchsentwurf über die Ausgestaltung der Selbstverwaltung der Provinzen. Staatsminister Dr. Trebitsch gab in den Verhandlungen hierüber eine wertvolle Grundlage durch die Erörterung der Grundsätze der von ihm bearbeiteten Verwaltungsreform. Die Verhandlungen über die Verwaltungsreform und das Gesetz über die Ausgestaltung der Selbstverwaltung boten eine Fülle beachtenswerter Anregungen. Es ist von keiner Seite verkannt worden, daß das leitende Gesetz zwar nach verschiedenen Richtungen war

einer Überprüfung bedürfe, daß aber auf dem Wege, auf dem dieses Gesetz liege, im Zusammenhang mit der notwendigen und alleinig begründeten Ausgestaltung der Reichseinheit das Mittel gefunden sei, die staatlichen Verhältnisse Deutschlands zu einer Lösung zu führen, die für Deutschland die größte Zukunftssicherung habe und ein dauernd verheißendes ruhiges inneres Wachstum und zugleich außenpolitisch die größte Sicherheit gegen Abtrennungsversuche bediene. Die Beurteilung, die bisher durch die Frage der staatlichen Gestaltung in das gesamte Deutsche Reich, insbesondere in seinen Grenzarten getragen wurde, wurde im gegenwärtigen Augenblick als in so hohem Maße für die Gesundung unseres Staates abträglich angesehen, daß die Hoffnung begründet erschien, daß dem von allen Seiten Rechnung getragen werden wird.

## Zur Friedensfrage.

### Deutschland und der Völkerbund.

Bartels teilte in seiner während der Aussprache im englischen Unterhause über den Friedensvertrag gehaltenen Rede mit, daß man bereit sei, Deutschland und Sobald wie möglich in den Völkerbund aufzunehmen, und daß der Viererrat zugestanden habe, daß nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund außerdeutsche Vertreter zu der Konferenz zugelassen werden sollen, die die Arbeitsregelung behandeln soll.

### Der Wiederaufbau.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Wie wir schon berichteten, werden die technischen Arbeiten für den Wiederaufbau Norddeutschlands vom Reichswirtschaftsministerium geleitet werden. Wie uns von diesem mitgeteilt wird, ist vorläufig nur vorgesehen, daß Ministerialdirektor Müller mit der Führung beauftragt werden wird. Im übrigen stehen Einzelheiten noch nicht fest. Soweit solche in der Presse erschienen sind, dürfte es sich lediglich um Vermutungen handeln.

### Die Finanzierung.

Der Friedensausschuss der französischen Kammer hörte die Fortsetzung des Berichts des Abg. Dubois über die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages an. Dubois fragte, man frage sich, ob Deutschland in der Lage sei, die Verpflichtungen des Vertrages zu erfüllen. Man müsse bedenken, daß die Vermögensaufstellung Helgels Objekte in Betracht gezogen haben hinsichtlich der Werte im feindlichen Auslande. Die meisten dieser Werte befinden sich in Amerika. Frankreich sei verhältnismäßig in ungünstiger Lage, da nur wenige deutsche Werte in Frankreich seien.

### Deutsches Reich.

—\* Zu der Meldung, daß die Reichsregierung beabsichtige nach Erledigung der Programmreden des Ministerpräsidenten Bauer und des Reichsministers des Auswärtigen Müller nach Berlin zurückzukehren, wird mitgeteilt, daß an den zuständigen Stellen in Weimar von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt ist. Im Gegenteil ist anzunehmen, daß die Reichsregierung zur Erledigung der Steuerfragen in der Nationalversammlung in Weimar bleiben wird.

—\* Dem Versuch nach wird in den Kreisen der Reichsfinanzverwaltung jetzt auch der Gedanke der Aufnahme einer Zwangsanleihe erwogen. Es soll ein Betrag von 200 Milliarden Mark in Frage kommen. Über die Höhe der Verzinsung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Man spricht von einer Verzinsung von 2 v. H. Die Beiträge, die von der Zwangsanleihe von der Bevölkerung zu übernehmen sind, sollen je nach der Vermögenslage des einzelnen abgestuft werden. Wenn der Gedanke zur Verwirklichung, so würde die große Vermögensabgabe zunächst ver-

hindert werden. Die Erhebung würde dann später stattfinden und sie könnte durch Abgabe von Zwangsanleihe durch die Sicherheitsstädte entrichtet werden. Ob man diese Pläne weiter verfolgen wird, sieht vorläufig noch dahin.

—\* Die Vorlage über die Erhöhung der Tabaksteuer ist nunmehr vom Staatenausschuss fertiggestellt worden. Im allgemeinen soll sie 1 v. H. betragen für alle Haushaltungsgegenstände, 5 v. H. beim Absatz vom letzten Verkäufer, für Zigaretten beim Absatz vom Hersteller 10 v. H. Verschiedene Dinge, wie Feinkost, Blumen usw. werden mit 10 v. H. beim Absatz vom Verkäufer, Zeitungspapier, die Unterbringung von Personen in Gasthäusern, die Aufbewahrung von Wertpapieren und Pelzen soll mit 10 v. H. belastet werden. Für die Ein- und Ausfuhr ist eine gewisse Schonung vorgesehen, besonders bei der Ausfuhr sollen Rückzahlungen eintreten, die aber, wie das "Berliner Tageblatt" meint, lange nicht weit genug gehen.

—\* Im Ausschuss der deutschen Nationalversammlung für das Tabaksteuergesetz erklärte Minister Erzberger, daß er nach wie vor an den Grundzügen des vorgelegten Tabaksteuergesetzentwurfes festhalte und die Einführung eines Kleinhandelsmonopols für Tabakerzeugnisse weder für das Reich noch für die Gemeinden in Aussicht genommen habe.

### Die Volksabstimmung in der Ostmark.

Die "Morgenpost" meldet aus Boppot: Infolge der bevorstehenden Volksabstimmung wird die Garnison Marienburg aufgelöst. Bis auf 200 Mann sind die Truppen bereits nach ostpreußischen Städten befördert worden. Der Danziger Hafen wird von Kriegsschiffen geräumt. Der große Kreuzer "Graf Spee," sowie die kleinen Kreuzer "Danzig" und "Stettin" sind nach Pillau gebracht worden.

### Aufhebungen in Sonderburg.

Aus Sonderburg wird berichtet: Am 23. Juli landeten in Sonderburg ohne Pässe und Ausweise etwa 1900 dänische Soldaten unter Führung von Offizieren. Die dänische Bevölkerung der Stadt eilte an die Landungsbrücke, um dadurch den erwarteten Widerstand der Behörden gegen die Landung zu unterbinden. Die Soldaten wurden durch den Sonderburger Agitator Graus mit einer Rede empfangen, in der er hevatische Ausschreitungen gegen Deutschland mit Hochrufen aus das größte Dänemark verband. Unter seiner Führung traten die Soldaten dann zu einem Demonstrationzug durch die Stadt unter Abstieg dänischer Lieder an. Durch das Verhalten Graus' gereizt, zog abends ein Zug Deutscher gegen das dänische Versammlungsgebäude und verlangte die Aussiedlung des Graus, doch ohne Erfolg. Am nächsten Morgen versammelten sich dann die dänische Bevölkerung auf dem Markt und veranlaßte die Menge zu dem Beschluß der Entsendung einer Kommission nach Kopenhagen, die die Entfernung sofortigen Besetzungs Nordschleswigs zur Sicherheit der angeblich schußdürftigen Bevölkerung ersuchen soll. Bei diesen Ereignissen ist es wiederholt zu Mißhandlungen Deutscher gekommen. Die Deutschen des Kreises Sonderburg verlangen von der Behörde eine genaue Untersuchung und strenge Aburteilung gegen die Aufrechterhaltung, einzelne, ob Deutsche oder Dänen. Zeigt sich gegen die systematische Verherrlichung mit dänischen Demonstrationen.

### Luxemburg.

In der Kammer schlug Präsident Altvies vor, das Großherzogtum Luxemburg solle sich finanziell am Wiederaufbau Verduns beteiligen und diese Stadt adoptieren. Der Vorschlag fand einstimmigen Besatz. Die Angelegenheit wird bei dem Staatshaushalt geregelt.

"Wenn ich Jostas so sicher wäre, wie seiner — dann würde mir diese Trennung nichts ausmachen," dachte sie. —

Zwei Stunden später reiste Graf Rainer mit seiner Gattin ab.

Graf Henning und Gräfin Gerlinde saßen sich beim Diner allein gegenüber und sprachen nur wenige gleichgültige Worte miteinander.

Gleich nach Tisch entschuldigte sich Henning mit Kopfweh und zog sich in seine Kammer im Ostflügel zurück. Er hatte nur mit Mühe einige Bissen essen können. Der Hals war ihm wie zugeschnürt.

Gräfin Gerlinde fand die Gelegenheit günstig, einmal wieder das Geheimfach zu revidieren. Langsam schritt sie nach Jostas Gemächern hinüber und betrat bald mit ihren leisen, gleitenden Schritten das Boudoir. Wieder, wie so oft schon, öffnete sie das Fach und starre hinein — es war leer, ganz leer.

Angerichtet hißt sich Gerlinde auf die Lippen, und ihre Augen bohrten sich tief auf das verschlossene Fach, wo sie Jostas Tagebuch wußte. Wenn sie es doch hätte öffnen können! Seufzend drückte sie das Geheimfach wieder zu. Es schnappte mit dem feinen, springenden Geräusch der Feder wieder ein. In demselben Moment trat plötzlich Graf Henning unter der Portiere hervor, die das Gemach von dem Nebenzimmer schied. Die Sehnsucht hatte ihn hierher getrieben. Er wollte wenigstens die Lust atmen, die Josta sonst umgab. Ahnungslos, daß sich Gerlinde hier befand, war er eingetreten.

Nun sah er, daß diese sich an Jostas Schreibtisch zu schaffen machte, wenn er auch nicht mehr das offene Fach gesehen hatte. Zugleich war es ihm mehr als unangenehm, daß er von ihr in Jostas Zimmern betroffen wurde.

Gräfin Gerlinde hatte ebenfalls einen Moment ihre Fassung verloren. Sie wußte nicht, ob Henning gesehen hatte, daß sie das Fach geöffnet hatte. Einen Moment standen sie sich sprachlos gegenüber. Die Gräfin sah sie indes zuerst.

"Nun, Henning, ist das Kopfweh besser? Ich suche hier nach einem Buch, das wir, Josta und ich, gemein-

## Allerlei Nachrichten.

### Fortdauer der Fleischkarte.

Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Aufrechterhaltung der Fleischkarte über die Verbrauchshöchstmenge an Fleisch und Fleiswaren, sowie eine Bekanntmachung über die Verlängerung der Fleischabgaben in Dänemark.

### Die Kriegsgefangenen.

Die amerikanische Behörde hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, daß sie vollkommen den Wunsch des deutschen Volkes unterstützen, den zurückkehrenden Kriegsgefangenen ein Willkommen zu bereiten, in Anbetracht dessen aber, daß die militärische Besetzung dauern möge, bis der Friede von den verbündeten Regierungen abgeschlossen sei, und besonders mit Rücksicht darauf, daß in der gegenwärtigen Zeit etwaige Störungen vorgebracht werden müssen, werde der Oberpräsident beauftragt, den Regierungspräsidenten in Koblenz und Trier zu benachrichtigen, daß der Empfang der Kriegsgefangenen auf den persönlichen und Familienempfang zu beschränken sei. Am 1. April ist der Empfang, um zügig um andere öffentliche Versammlungen herum, nicht gestattet. Dies sollte natürlich das Kreuz nicht daran hindern, den Kriegsgefangenen den Bahnhöfen Erkundigungen darzubieten.

### Das Schicksal des Kaisers.

Zu Laufe der Debatte über den Gesetzentwurf, treffend den Friedensvertrag sagte Lord Curzon im englischen Oberhaus, es sei möglich, daß der Kriegsvertrag gegen den ehemaligen deutschen Kaiser nicht in London abgeschlossen werde. Man habe eingeschaut, daß hiergegen wegen des damit verbundenen unerwünschten Aufschwungs und der Erregung der öffentlichen Meinung und der Störung des öffentlichen Lebens ernste Bedenken vorliegen. Ein endgültiger Beschluß sei noch nicht erreicht und falls der Prozeß auf englischem Boden stattfinde, sei damit nicht gesagt, daß für diesen Frieden London gewählt werde. Die Begegnung über den Friedensvertrag und den französischen Vertrag wurden in allen Lesungen einstimmig angenommen.

### Der Kronprinz.

Aus New-York wird gemeldet: In dem "New-York Sun" veröffentlichte Karl v. Wiegand eine Rede mit dem Kronprinzen. Der Kronprinz erklärte, daß er noch immer Vertrauen in den Geist der Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten hat. Während der Kaiser und er schwierig eine gerechte Handlung durch einen Gerichtshof, der aus ihren Freunden und Gegnern besteht, erwarten könnten, seien sie doch beide bereit, vor einem Gerichtshof in den Vereinigten Staaten zu erscheinen, wo die Anwesenheit einer großen Zahl Bürger deutsches Blutes die gewünschte Atmosphäre hervorrufen würde. Überhaupt schätzte der Kronprinz, daß er gern nach Amerika kommen würde, um sich dort finanziell zu widmen. Ich möchte, sagte er, gern ein Dörfchen in Amerika sein, denn ich glaube, daß dieser Thun sicher ist als der unselige.

### Spanien und Maizuli.

Laut "Algemeen Handelskod" meldet die "Timor aus Tanger", daß die spanischen Streitkräfte in den Bezirken Tafuna, Ceuta und Larache aus Madrid die Instruktion erhalten haben sollen, alle Feindseligkeiten gegen Maizuli und die eingehorenen Stämme einzufallen.

Sam zu lesen begonnen hatten. In der Bibliothek stand ich es nicht. Ich dachte nun, Josta habe es herüber in ihr Zimmer genommen. Leider finde ich es nicht.

So sagte sie scheinbar unbesangen. Graf Henning empfand, trotz seiner eigenen Besangenheit, wieder einmal starkes Misstrauen gegen die Gräfin. Wenn er auch nicht wußte, was sie hier am Schreibtisch gehabt hatte — daß ihre Anwesenheit hier nicht so harmlos war, als sie glauben machen wollte, hatte ihm das Erzählen verraten. Er beschloß, Josta zu warnen. Irgend eine Erklärung für sein Eindringen in Jostas Zimmer würde sich ja für ihn finden lassen.

"Darf ich dir helfen, das Buch zu suchen? Vielleicht ist es doch in der Bibliothek."

"Nein, nein, ich danke und will dich nicht stören." "Mich stören? Ich wollte nur hinüber in Rainers Arbeitszimmer gehen und wählte den kürzeren Weg durch Jostas Zimmer. In Rainers Zimmer ist der Hausapotheke verwahrt. Ich wollte mir nur ein Mittel gegen mein Kopfweh holen", sagte er hastig.

Gräfin Gerlinde wußte, daß dies eine Auseinandersetzung zwischen Rainer und Henning war. Sie ahnte, weshalb Henning Jostas Zimmer aufgesucht hatte. Aber sie zeigte sich ganz unbesangen.

"Dann las dich nicht aufhalten, Henning. Ich werde jetzt ins Witwenhaus zurückgehen und mich für eine Fahrt nach Reitberg umkleiden. Das ist vielleicht zu zweit, als wenn ich lese. Hast du Lust, mich dann zu begleiten? Ich glaube, das tut deinem Kopfweh auch wohl."

"Wenn du gestattest, werde ich das tun."

"Gut, Henning. Du hast wohl die Liebenswürdigkeit, in einer Stunde anspannen zu lassen und mich zu begleiten."

"Gern."

"Dann auf Wiedersehen einstweilen!"

"Auf Wiedersehen!"

Sie verliehen nach verschiedenen Richtungen das Boudoir Jostas.

(Fortsetzung folgt.)

### Der amerikanische Senat.

Der New-Yorker Korrespondent der "Daily News" meint, daß eine Abänderung des Friedensvertrages nicht mehr erwartet werde, und daß es deshalb zweifelhaft sei, ob der amerikanische Senat Vorbehalt machen werde. Anscheinend habe Wilson dem Senat einen tiefen Eindruck über den Ernst der europäischen Lage beigebracht.

### Kleine Meldungen.

Berlin. Nach Berliner Morgenblättern hat sich auch im Bereich der Post in Berlin aus Anlaß des Montagsstreits ein Konflikt entwickelt. Die Überpostdirektion hat 280 Telegraphenarbeiter wegen der Teilnahme am Streit entlassen.

Berlin. Linksrheinische Geschäftsführer werden zum Verlauf ihrer Geschäftshäuser vielsach mit der Drohung aufgefordert, daß vielleicht ihr Eigentum mit Belegschaft belegt werden könnte. Das ist aber, worauf von jüngster Seite hingewiesen wird, unmöglich. Man lasse sich also nicht einschüchtern.

Haag. Aus London wird gemeldet: Der Korrespondent des "Daily Express" in Paris melde, daß der Erzkonprinz, Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff nicht aus der Liste derjenigen Personen stünden, deren Auslieferung durch die alliierten Mächte verlangt werden.

Köpenhagen. Infolge Vorhänden von Konflikten in der Metallindustrie ist ein allgemeiner Konflikt ausgebrochen. Falls die Differenzen bis zum 28. Juli nicht beigelegt sind, wird eine 12 000 Arbeiter umfassende Aussperrung beginnen.

Washington. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinten Staaten die Friedensverträge mit Bulgarien und der Türkei unterzeichnen werden.

### Reichsnotopfer\* in früherer Zeit.

Wir Menschen von heutzutage haben uns längst an den Bezug der Steuer gewöhnt und wissen, daß die Steuern notwendige Abgaben sind, die der Staat von seinen Bürgern zur Beistellung seiner Bedürfnisse erheben muß. Heute bilden ja die Steuern die Hauptfinanzquelle des Staates und der Gemeinden. Das war ja nicht zu allen Zeiten so. Im alten Rom war die Erhebung der Steuer, gewöhnlich in Form einer Kopfsteuer von mehreren Arsen (Ab) war die übliche Scheidemünze, im Beute von etwa 25 Pfennig) etwas zuverordnungslos. Nur in Brittanien bestand die Steuer und das von Rom einen ungünstlichen Krieg geführt, entschloß man sich zu einem solchen, überdies auch recht bescheidenen "Reichsnotopfer", indem eine Zoll als einmalige Abgabe ausgeschrieben wurde. Das späte Kaiserliche Rom nannte das zwar auch noch ökonomische und einmalige Steuer. In der Tat lehrten aber diese "einmaligen" Abgaben regelmäßig wieder. Das Mittelalter dagegen kannte keine regelmäßigen Abgaben. Steuern wurden da nur in Notfällen erhoben, und man ging dabei recht freudlich zu Werke, wie das Beispiel eines Lothringischen Herzogs beweist, der den mageren Staaßdörfel dadurch wieder etwas aufzufülln verstand, daß er höchst läbst an einem Samstag nach Schluss der Kirche in Metz sich unter das Portal stellte und von seiner Untertanen den "Pfennig" einsaferte. Noch einer der berühmtesten Reichssteuer des 17. Jahrhunderts, von Sedendorff, lehrt, daß zur Zeit — im Hinblick auf den eben verlossenen Währungen Krug — wohl Steuern am Platze seien als unvergängliche Beitragsleistungen zum Staatshaushalt, daß aber wohl im Balde diese Abgaben ganz fortfallen könnten. Diese Lösung trog freilich, denn allein verschuldeten infolge ihrer Abgaben für das Herrschen, aber auch durch die stetig vordringlicher werdenden Kosten der kulturellen Aufgaben mehr und mehr, und schon zu Lessings und Goethes Zeiten waren Steuern etwas Regelmäßiges geworden. Ein britischer Soldat stellte dann die noch heute in Geltung befindlichen vier goldenen Regeln auf, nach denen die Obrigkeit beim Erheben der Steuern verfahren solten:

1. Die Steuern sollen möglichst gleichmäßig im Verhältnis zum Einkommen des Steuerpflichtigen stehen (zu heutigen sagen etwas gerechter: zur Leistungsfähigkeit!);
2. Sie sollen ihrem Beitrage nach bestimmt sein;
3. Sie sollen nach Zeit und Art der Zahlung für den Steuerpflichtigen möglichst bequem sein, und
4. der Staat soll von den Steuern möglichst viel erhalten (dieser letzte Satz wendet sich gegen das besonders früher in Frankreich übliche Verfahren der Steuerpächterei, wobei der Steuerpächter ein besseres Geschäft als der Staat mache, aber auch gegen jede Verkürzung im Einziehungsvorfahren).

### Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 26. Juli 1919.

Der Allgemeine Ortskrankenkasse Schierstein a. Ab. Der Geschäftsjahrsbericht für das Jahr 1918 zeigt, daß die Folgen des vierjährigen Volkskriegs und dessen Begleiterscheinungen in immer steigendem Maße ihre Spuren hinterließen. War die Kasse schon zu Jahresanfang gezwungen, um den sich immer mehr steigenden Anforderungen gerecht werden zu können, so unter einer erheblichen Beitragserhöhung die Mehrleistungen aufwies, wieder außer Kraft zu setzen, so brachten die als Folge der Unterernährung im Sommer und Herbst aufsteigenden Grippepandemien eine derartige Belastung für die Kasse, daß bis zum Jahresende eine Mehrausgabe von 10 639,34 Mk. zu verzeichnen war. Der Krankenstand, der in normalen Zeiten 3 v. Hundert betrug, stieg im Monat Oktober bis auf über 12 v. Hundert. Neben der Erhöhung des Arzhonorars und der gewaltig gestiegenen Preise für Arzneien und Heilmittel, die erhebliche Mehrleistungen verursachten, blieb auch die im November erfolgte Demobilisation nicht ohne Einfluß. Die Ausgaben für Behandlung sind gegen das Vorjahr um 80 Prozent,

für Arznei und Heilmittel um 120 Prozent, für Krankengeld um 125 Prozent gestiegen, denen eine Steigerung der Einnahmen gegen das Vorjahr von 78 Prozent gegenübersteht. Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitssäße betrug 1152 gegen 643 im Vorjahr. 39,7% der Krankheitssäße waren Grippeerkrankungen. Auf je 100 Mitglieder entfielen 74 Krankheitssäße gegen 47 im Vorjahr. Todessäße kamen 25 vor gegen 11 im Vorjahr. In Krankenhäusern wurden 68 Mitglieder eingewiesen. Die Walderholungsstättenpflege nahmen 7 Mitglieder in Anspruch. Sehr segensreich wirkte die seit 1. März eingeführte Familienhilfe, der am Jahresende gegen 800 Familien angehörten. Eine Gesamteinnahme von 11094.— Mk. stehen gegenüber als wichtigste Ausgaben: Für ärztliche Behandlung 6404,84 Mk., für Arznei, Heilmittel, Wochenhilfe und Sierbergeld 2278,48 Mk. und 1500— Mk. Verwaltungskosten. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres um 425. Von den Mitgliedern sind 57,7% männlich und 42,3% weiblich gegen 52% weibl. und 48% männl. im Vorjahr; Eine Folgeerscheinung der Demobilisation. Der Rechnungsschluss zeigt eine Gesamteinnahme von 163144,99 Mk. und eine Gesamtausgabe von 159441,69 Mk. sowie einen Kassenbestand am Jahresende von 3703,30 Mk. Die Rücklage brauchte nicht in Anspruch genommen werden, doch war die Kasse genötigt, infolge der an sie gestellten Ansprüchen bei der Nass. Landesbank einen Kredit von 16000,00 Mk. aufzunehmen, um nicht Wertpapiere mit erheblichem Verlust verkaufen zu müssen. Beider sind die Fälle der Verleihung der Meldevorrichten (Nachmeldung von Versicherungspflichtigen und Lohnänderungen) trotz wiederholter Warnungen seitens der Arbeitgeber sehr erheblich, sodoch der Vorstand sich genötigt sah, bei einer Anzahl grober Verstöße Strafantrag zu stellen, was empfindliche Geldbußen für die Betroffenen zur Folge hatte. Es möge dies zur Warnung dienen allen denjenigen, die, sei es aus Fahrlässigkeit oder Unkenntnis, immer wieder die Meldevorrichten verleihen. Vor das Geschäftsjahr 1918 das ungünstigste seit Bestehen der Kasse, so wird aller Voraussicht nach auch das laufende Geschäftsjahr ein nicht viel günstigeres Resultat bringen, wobei die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von erheblichem Einfluß sind.

\* \* Förderung. Mit Bezug auf unsere letzte Notiz wird ergänzend berichtet, daß auch Herr Polizei-oberst Steingroß zum Polizeiwohnmästerei befördert worden ist.

sc. Der Biegenzuckerverein beschloß in seiner in der "Rheinlust" abgehaltenen Versammlung, am 18. August eine Biegenausstellung zu veranstalten. Es wurde auch zur Wahl der Preisrichter geschritten und eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt, die die weiteren Schritte in der Ausstellungsbereitstellung zu tun hat. Der Verein, der in der Kriegszeit gegründet wurde, hat an Mitgliederzahl schon die 130 überschritten. Es wurde noch beschlossen, zur Verbesserung des Buchbestandes neue Buchbände anzukaufen.

sc. Der Kaninchenzuckerverein (E. V.) hält, wie schon seit Jahren, auch in diesem Herbst seine alljährliche Ausstellung ab. Der Verein zählt zurzeit über 200 Mitglieder und ist der häufigste im Landkreis Wiesbaden. Aber auch wos die Zahl der Zuchttiere und deren Qualität antrifft, kann er es mit allen Vereinen, die dem Verband im Reg.-Bezirk Wiesbaden angehören, aufnehmen. Als Preisrichter kommen die Herren Denesse in Höchst und Schmalz in Fechenheim in Betracht.

\* \* Selbstmord. Gestern nachmittag verübte der Hausierer L. Dezius von hier Selbstmord in seiner Wohnung durch Erhängen.

\* \* Freigabe des Güterverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. Im Anzeigenteil veröffentlicht die Eisenbahn- und Postdirektion Mainz eine Bekanntmachung über den Güterverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, soweit derselbe nunmehr einer Beschränkung nicht mehr unterworfen ist. Wir empfehlen die Bekanntmachung den Interessenten zur besonderen Beachtung.

\* Umtausch des Papiergebeldes. Ein Telegraphenbureau meldet: Nur genauen Feststellung des vorhandenen Vermögens wie zur restlosen Erfassung, die wegen der Besteuerung notwendig ist, hat sich, wie die "Berliner Börsenzeitung" berichtet, das Reichsministerium entschlossen, folgende Maßregel in die Wege zu leiten: In nächster Zeit wird alles vorhandene Papiergebeld eingezogen und durch Gutscheine ersetzt, die aber gegen das neue Papiergebeld eingetauscht werden. Hierdurch ist jeder gezwungen, vorhandenes Papiergebeld abzuliefern und zugleich die Summe anzugeben, denn er erhält nur soviel zurück, als er angegeben hat, während das nicht angegebene und nicht abgelieferte Papiergebeld für ungültig erklärt wird. Ferner werden sämtliche Wertpapiere einer Abstempelung unterzogen und somit unter Kontrolle gebracht. Die nicht abgestempelten Papiere verlieren ihren Wert. Ähnliche Maßnahmen werden gegenüber den verschiedenen Gesellschaften vorgenommen, um die dort investierten Werte festzustellen.

\* Der Offizier als Wachmeister. Offiziere, die aus den Unteroffizieren des Friedensstandes hervorgegangen sind, ist der Eintritt in die preußische Landesgendarmerie zur Übernahme einer Gendarmerie gestattet. Sie dürfen aber aus dem militärischen Range als Offizier keinerlei Sonderansprüche für ihre Stellung bei der Gendarmerie herleiten und müssen ihre Gleichstellung mit den Gendarmeriewachmeistern in dienstlicher, disziplinarischer und ranglicher Hinsicht anerkennen.

## Bekanntmachung.

Auf Befehl der Interalliierten Kommission ist die Blockade Deutschlands vom 12. Juli d. Js. ab aufgehoben.

Die Beschränkungen des Güterverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland kommen in Foerth, ausgenommen nachstehende Fälle:

Untersagt bleibt die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät.

für die Ausfuhr von chemischen pharmazeutischen Produkten, Farbstoffen, Platin, gemünztem und ungemünztem Gold und Silber, sowie fremden Werten aus dem besetzten Gebiet ist besondere Genehmigung der Kommission Interallierter Territoires Rhenans in Koblenz erforderlich. Bezuglich der Ausfuhr von Kohlen und Koks bleibt es bei den seitherigen Bestimmungen.

Bis auf weiteres dürfen nur rohe Braunkohlen, Braunkohlenstaub und Braunkohlenkohle, welche von der Verleihungsbüro in Köln spendiert sind, ohne besondere Genehmigung ausgeführt werden.

Alle Beschränkungen, denen die Einfuhr und Ausfuhr aus dem Großherzogtum Luxemburg unterworfen waren, sind aufgehoben.

Diese Anweisungen breitern nicht den Verkehr mit den alliierten und neutralen Ländern. Für die Ausfuhr nach diesen Ländern ist, soweit der Verkehr über besetztes Gebiet geht, die Genehmigung der C. I. C. in Koblenz erforderlich.

Mainz, den 17. Juli 1919.

## Breu. und Hess. Eisenbahndirektion.

Gescheint mit Genehmigung der Unterkommission für den Bezirk Mainz.

## Restaurant "Tivoli".

Morgen, Sonntag, den 27. Juli, von nachm. 4 Uhr ab

 Tanzmusik  
ausgeführt vom Musik-Verein Schierstein.

Es lädt herzu freundlichst ein

Wilhelm Höhler.

## Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 30. Juli 1919, vorm. 11 Uhr,

lassen die Erben der Eheleute Gastwirt Jean Neumann und Luise geb. Dörner zu Schierstein ihre in hiesiger Gemarkung belegenen und im Grundbuche von Schierstein, Band 21, Blatt 548, verzeichneten Grundstücke

Lfd. Nr.	Jahr Nr.	Parzelle Nr.	Bezeichnung	Distrikt	Größe
1	6	204	Acker Mayen	I	6 55
3	6	72	Weinberg Bäuchen (½ Acker)	I	14 90
4	18	86	Acker Wahe	II	20 37
5	5	403	" Pieffer	II	11 32
6	5	26	Weinberg Platt	III	3 16
11	16	47	" Kranz	III	5 51
12	4	193	" Lachberg	III	3 65
14	18	87	Acker Wahe	II	8 77

öffentlicht meistbietend im Sitzungssaal des Rathauses durch den unterzeichneten Ortsgerichtsvorsteher versteigern.

Die Versteigerungsbedingungen und die die Grundstücke betreffenden Nachweisen können während der Dienststunden bei mir eingesehen werden.

Schierstein, den 27. Juli 1919.

### Der Ortsgerichtsvorsteher:

Schmidt.

## Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerchaft zur Kenntnis, daß ich infolge Warenmangels in Tabakerzeugnissen neu hinzugelegt habe:

Künstlerpostkarten, Strandbadkarten, feinstes Briefpapier und Umschläge, Bleistifte, Brillant-Wunder-Tinten,

in Mappen enthaltend 10 Fläschchen Tinte zu 40 Pf.

Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen

Ludwig Wehnert,  
Friedrichstr. 2.

